

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

9. Dezember 2021
1 von 2

Guten Tag,

zur **5.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie lade ich
ein für

**Donnerstag, 16. Dezember 2021, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.**

Es gilt die 3G-Regelung!

**Während der Sitzung sind die Hygieneregeln einzuhalten und es ist eine
medizinische Maske (OP-Maske oder Schutzmaske der Standards FFP2) zu
tragen.**

Tagesordnung:

- 1. Abfall gehört in die Mülleimer - Gemeinsam für mehr Umweltschutz und
eine attraktive, saubere und lebenswerte Stadt**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Mai 2020
Bericht des Magistrats
-101.18.1630-
- 2. Regionale und saisonale Ernährung erhöhen**
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Violetta Bock
- 101.19.157 -
- 3. Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und
Ressourceneffizienz**
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Violetta Bock
- 101.19.216 -

- 4. Rückzug von IHK, VhU und HWK aus dem Klimaschutzrat Kassel**
Anfrage FDP-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Sascha Bickel
- 101.19.271 -
- 5. Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen**
Antrag der Fraktion B90/Grüne und SPD
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Christine Hesse
- 101.19.284 -
- 6. Hochwasserschutzmaßnahmen für Kassel**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne und SPD
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Christine Hesse
- 101.19.305 -
- 7. Boden schützen**
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Violetta Bock
- 101.19.317 -
- 8. Wasserstoffstrategie für Kassel**
Anfrage FDP-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Sascha Bickel
- 101.19.318 -
- 9. Bewertung der Arbeit und der Zusammensetzung des Klimaschutzrates**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Vera Wilmes
- 101.19.320 -

Freundliche Grüße

gez. Eva Koch
Vorsitzende

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie
am Donnerstag, 16. Dezember 2021, 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

20. Dezember 2021

1 von 9

Anwesende:

Mitglieder

Eva Koch, Vorsitzende, B90/Grüne
Dr. Cornelia Janusch, 1. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Selina Holtermann, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Luzie Pfeil)
Dipl.- Ing. Kerstin Linne, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Holger Römer, Mitglied, CDU
Vera Wilmes, Mitglied, CDU
Violetta Bock, Mitglied, DIE LINKE
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Sascha Bickel, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme

Ariane Kipp, Vertreterin des Behindertenbeirates

Magistrat

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Hannelore Sulner, Vertreterin des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dirk Lange, Stadtreiniger
Peter Wüstemann, Umwelt- und Gartenamt
Markus Leick, Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr
Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt

Tagesordnung:

2 von 9

- | | |
|---|-------------|
| 1. Abfall gehört in die Mülleimer - Gemeinsam für mehr Umweltschutz und eine attraktive, saubere und lebenswerte Stadt | 101.18.1630 |
| 2. Regionale und saisonale Ernährung erhöhen | 101.19.157 |
| 3. Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und Ressourceneffizienz | 101.19.216 |
| 4. Rückzug von IHK, VhU und HWK aus dem Klimaschutzrat Kassel | 101.19.271 |
| 5. Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen | 101.19.284 |
| 6. Hochwasserschutzmaßnahmen für Kassel | 101.19.305 |
| 7. Boden schützen | 101.19.317 |
| 8. Wasserstoffstrategie für Kassel | 101.19.318 |
| 9. Bewertung der Arbeit und der Zusammensetzung des Klimaschutzrates | 101.19.320 |

Vorsitzende Koch eröffnet die mit der Einladung vom 9. Dezember 2021 ordnungsgemäß einberufene 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Koch teilt mit, dass Sie die Tagesordnungspunkte

2. **Regionale und saisonale Ernährung erhöhen**
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.157 -
- und
5. **Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen**
Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.284 -

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

Die Tagesordnungspunkte

4. Rückzug von IHK, VhU und HWK aus dem Klimaschutzrat Kassel

Anfrage FDP-Fraktion

- 101.19.271 -

und

9. Bewertung der Arbeit und der Zusammensetzung des Klimaschutzrates

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.19.320 -

werden ebenfalls wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beantwortung aufgerufen.

Stadtverordneter Augustin, CDU-Fraktion, beantragt den **Tagesordnungspunkt 3**, betr. **Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und Ressourceneffizienz, 101.19.216**, Antrag der Fraktion DIE LINKE, wegen Beratungsbedarf von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Stadtbaurat Nolda beantragt den **Tagesordnungspunkt 6**, betr. **Hochwasserschutzmaßnahmen für Kassel, 101.19.305**, Anfrage der Fraktionen B90/Grüne und SPD, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Stadtverordneter Dr. Hechelmann beantragt den **Tagesordnungspunkt 7**, betr. **Boden schützen, 101.19.317**, Antrag der Fraktion DIE LINKE, wegen Beratungsbedarf von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Koch stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

- 1. Abfall gehört in die Mülleimer - Gemeinsam für mehr Umweltschutz und eine attraktive, saubere und lebenswerte Stadt**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Mai 2020
Bericht des Magistrats
-101.18.1630-

Beschluss

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, unter Beteiligung der Stadtreiniger Kassel und des Umwelt- und Gartenamtes zeitnah im Rahmen einer Gesamtstrategie Maßnahmen vorzustellen, um die Vermüllung von Grünanlagen, Parks und Wasserwegen dauerhaft zu reduzieren.

Hierbei sind folgende Maßnahmen zu erproben:

- Es soll eine Plakatkampagne umgesetzt werden, die auf die Auswirkungen der Vermüllung für Tier- und Umwelt im Stadtgebiet Kassel (in Schulen, an Bahnhöfen, an Haltestellen) hinweist und die Problematik verdeutlicht. So werden Zigaretten immer noch achtlos, auch aus Unwissenheit über deren Folgen für die Umwelt, weggeworfen. Dies gilt auch für falsch entsorgte Kaugummis oder weggeworfenen Kunststoff, an denen Kleintiere und Vögel sterben können, wenn sie diese Abfälle fressen.
- Gleichzeitig soll darauf verstärkt hingewiesen werden, dass unsachgemäße Müllablagerungen mit Geldbußen auf Dauer bedroht sind. Dies gilt auch schon für unsachgemäß weggeworfene Zigarettenkippen und ausgespuckte Kaugummis sowie für Kunststoffe aller Art.
- Zusätzliche Sonderkontrollen mit Ankündigung sollen über einen Zeitraum von zwei Wochen je nach Personallage stattfinden, um gezielt Bußgelder für weggeworfene Abfälle zu vergeben. Solche Aktionswochen sollen mit wechselnden Abfällen, z.B. mit Zigarettenkippen, erprobt werden.

Stadtbaurat Nolda berichtet über die Probleme auf den Grünflächen, über die Kampagne „Sauberhaftes Kassel“ und über die Aufgaben der Stadtreiniger, des Ordnungsamtes und des Umwelt- und Gartenamtes und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkte 2 und 5 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

2. Regionale und saisonale Ernährung erhöhen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.157 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. In den kommunalen Einrichtungen und den kommunalen Betrieben wird der Anteil saisonaler Lebensmittel aus der Region, wenn möglich in Bio Qualität, jährlich in 10% Schritten erhöht.
2. In allen kommunalen Einrichtungen und Betrieben werden Küchen für die frische Zubereitung von Essen aus regionalen Zutaten vor Ort ertüchtigt. Investitionen in den Bau und Umbau von Cateringküchen und zum Erwärmen von Convenience Produkten werden ab sofort gestoppt.
3. Die Speisepläne werden kontinuierlich auf höhere Anteile regionaler und saisonaler Lebensmittel angepasst.

4. Das Küchenpersonal ist direkt bei der Kommune oder dem kommunalen Betrieb anzustellen.
5. Im Klima Ausschuss wird die kommunale Essenversorgung der schwedischen Gemeinde Södertälje vorgestellt.

5 von 9

Stadtverordnete Bock, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE, FDP

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Regionale und saisonale Ernährung erhöhen, 101.19.157, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Hesse

5. Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen

Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD

- 101.19.284 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Wichtigkeit des Ernährungsaspektes zum Erreichen der Klimaziele aus, da die Art der Ernährung einen erheblichen Teil zur Klima-Bilanz beiträgt.
2. Der Magistrat wird gebeten, unter Beteiligung von entsprechenden Sachverständigen, ein Konzept zu erarbeiten, um den Anteil von saisonalen, regionalen Lebensmitteln, möglichst in Bio-Qualität, in kommunalen Einrichtungen schrittweise zu erhöhen. Auch das Angebot an vegetarischen sowie veganen Gerichten soll mitberücksichtigt werden. Dabei soll ein besonderer Fokus auf die Verpflegung in Schulen und Kitas gelegt werden. Diese sollen bereits parallel zur Konzepterstellung entsprechende Maßnahmen erproben und umsetzen.

3. Der Magistrat wird gebeten, vorab im Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie über bereits bestehende Maßnahmen und Konzepte zu berichten. Insbesondere sollen unter diesen Aspekten über die Verpflegungskonzepte in den Kantinen der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie über das der kommenden documenta berichtet werden. Dabei soll auch erläutert werden, inwieweit die bisherigen Konzepte mit Kassel klimaneutral 2030 zusammenpassen und welche Maßnahmen noch notwendig sind, um das Ziel zu erreichen.

4. Der Magistrat wird des Weiteren darum gebeten in dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie ab dem Jahr 2022 einmal jährlich über den Stand der Umsetzung des Konzepts zu berichten.

Stadtverordnete Hesse, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU

Ablehnung: AfD

Enthaltung: DIE LINKE, FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD betr. Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen, 101.19.284, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. Janusch

3. Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und Ressourceneffizienz

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.216 -

Abgesetzt

Tagesordnungspunkte 4 und 9 werden gemeinsam zur Beantwortung aufgerufen.

7 von 9

4. Rückzug von IHK, VhU und HWK aus dem Klimaschutzrat Kassel
Anfrage FDP-Fraktion
- 101.19.271 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat den gemeinsamen Rückzug der IHK, VhU und HWK als Vertreter der Wirtschaft aus dem Klimaschutzrat Kassel?
2. Wie verhält sich der Magistrat zu deren Vorwürfen, dass der Klimaschutzrat unausgewogen zusammengesetzt sei und die Wirtschaft ihre Standpunkte nicht wirkungsvoll einbringen könne?
3. Welche Chancen für wirksamen Klimaschutz in Kassel sieht der Magistrat ohne eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft?
4. Welche Änderungen in der Arbeitsweise des Klimaschutzrates hält der Magistrat für nötig, damit sich auch die Vertreter der Wirtschaft darin wiederfinden können?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Koch erklärt die Anfrage für erledigt.

9. Bewertung der Arbeit und der Zusammensetzung des Klimaschutzrates
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.320 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Arbeit des Klimaschutzrates hinsichtlich der Realisierbarkeit – auch unter ökonomischen Aspekten – der von diesem eingebrachten Maßnahmenvorschläge?
2. Hält der Magistrat die Zusammensetzung des Klimaschutzrates vor dem Hintergrund des Ausscheidens der Wirtschaftsvertreter aus dem Klimaschutzrat für ausgewogen bzw. für Ziel führend?

3. Wie bewertet der Magistrat die Kommunikation innerhalb des Klimaschutzrates unter den verschiedenen Mitgliedern? Haben alle Mitglieder des Klimaschutzrates genügend Zeit, die eingebrachten Maßnahmenvorschläge so zu bearbeiten, dass eine seriöse Befassung mit diesen Vorschlägen möglich ist?
4. Hält der Magistrat die moderierende Arbeit des Vorsitzenden des Klimaschutzrates für ausreichend bzw. für ausgewogen in dem Sinne, dass dieser die Belange aller Mitglieder im Blick hat?

8 von 9

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Koch erklärt die Anfrage für erledigt.

- 5. Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen**
Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.284 -

wurde bereits mit Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

- 6. Hochwasserschutzmaßnahmen für Kassel**
Anfrage der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.305 -

Abgesetzt

- 7. Boden schützen**
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.317 -

Abgesetzt

8. Wasserstoffstrategie für Kassel

9 von 9

Anfrage FDP-Fraktion
- 101.19.318 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat die Stadt Kassel eine Strategie für den Energieträger Wasserstoff?
2. Ist die Stadt Kassel direkt oder über Unternehmensbeteiligungen an Wasserstoffprojekten beteiligt?
3. Unterhält die Stadt Kassel strategische Partnerschaften zur Gewinnung oder zum Einsatz von Wasserstoff?
4. Strebt der Magistrat solche Partnerschaften für die Zukunft an?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage.

Vorsitzende Koch erklärt die Anfrage für erledigt.

9. Bewertung der Arbeit und der Zusammensetzung des Klimaschutzrates

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.320 -

wurde bereits mit Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

Ende der Sitzung: 18:26 Uhr

Eva Koch
Vorsitzende

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.19.157

21. Juni 2021
1 von 2

Regionale und saisonale Ernährung erhöhen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. In den kommunalen Einrichtungen und den kommunalen Betrieben wird der Anteil saisonaler Lebensmittel aus der Region, wenn möglich in Bio Qualität, jährlich in 10% Schritten erhöht.
2. In allen kommunalen Einrichtungen und Betrieben werden Küchen für die frische Zubereitung von Essen aus regionalen Zutaten vor Ort ertüchtigt. Investitionen in den Bau und Umbau von Cateringküchen und zum Erwärmen von Convenience Produkten werden ab sofort gestoppt.
3. Die Speisepläne werden kontinuierlich auf höhere Anteile regionaler und saisonaler Lebensmittel angepasst.
4. Das Küchenpersonal ist direkt bei der Kommune oder dem kommunalen Betrieb anzustellen.
5. Im Klima Ausschuss wird die kommunale Essenversorgung der schwedischen Gemeinde Södertälje vorgestellt.

Begründung:

In der Region werden schon heute hochwertige und frische Lebensmittel produziert. Durch die Erhöhung des Anteils kann die Umweltbelastung, bei Steigerung der regionalen Wertschöpfung, reduziert werden. Einen höheren Anteil regionaler Produkte in der Kommunalen Essensversorgung kann von den produzierenden Betrieben nur bei sicherem Absatz zu fairen Preisen und passenden Verarbeitungsgraden gewährleistet werden. Die kommunale Nachfrage bietet für die Regionalisierung der Nahrungsmittelproduktion eine gute ökonomische Basis. In Södertälje gelang es der Kommune in der Essenversorgung der Kitas, Schulen, Kantinen, Alteneinrichtungen den Anteil regionaler Lebensmittel auf 80% und einem Bioanteil von 30 % zu erhöhen. Mit der Umstellung der Speisepläne sind die Kosten für den Wareneinsatz gleichgeblieben.

Mit dem frischen Kochen vor Ort in den Kitas, Schulen und Betrieben kann mit
leckeren Gerichten gesündere Ernährung gefördert werden. 2 von 2

Siehe Klimaschutzrat Kassel Maßnahmen-Nr.: 2021-BEL-03 Stand: 21.04.2021
Klimagesunde Mittagsverpflegung in kommunalen Mensen und Kantinen sowie bei
Eigenveranstaltungen der Stadt Kassel

Quelle: https://www.kassel.de/umwelt-und-klimaschutz/klimaschutzrat-mit-themenwerkstaetten/massnahmenempfehlungen/2021-04-21_Klimaschutzrat-Kassel-Massnahmenempfehlungen.pdf

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Violetta Bock

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.19.216

4. Januar 2022
1 von 3**Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und Ressourceneffizienz****Geänderter Antrag****zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel verpflichtet sich, bei allen zukünftigen Umsetzungen aller Bau- und Sanierungsmaßnahmen ab sofort die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Gebäudeenergieeffizienz und ressourcenschonendem Baustoffeinsatz zu übertreffen. Ziel ist, die Energie- und Ressourceneffizienz des städtischen Gebäudebestands sowohl bei der Errichtung als auch im Betrieb zu verbessern, um den von ihnen verursachten CO₂-Ausstoß über den gesamten Gebäude-Lebenszyklus zu minimieren.

Die Stadt Kassel wirkt ebenfalls bei ihren Gesellschaften auf eine entsprechende Selbstverpflichtung hin. **Insbesondere soll dies für die Projekte gelten, die von der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG., der KVV und der GWG umgesetzt werden. So sollen zum Beispiel beim Neubau der Offenen Schule Waldau, der Kindertagesstätte Nordshausen und der Hegelsbergschule diese Maßstäbe für nachhaltiges Bauen gelten und bei zukünftigen Projekten wie am Wilhelmsgymnasium, der Georg-August-Zinn-Schule und Johann-Amos-Comenius-Schule Abrissmaßnahmen vermieden werden. Mit dem „cradle to cradle“ – Ansatz werden die höchsten Anforderungen an das material- und energieschonende Bauen gestellt.**

Als Grundlage für die Selbstverpflichtung dient der Maßnahmenvorschlag 2021-QG-04 des Klimaschutzrats mit den dort genannten Meilensteinen.

Bei den entsprechenden Bebauungsplänen soll dargestellt werden, wie die in der Maßnahme genannten Anforderungen eingehalten werden.

Sie übernimmt damit die Maßnahme 2021-QG-04, die im Klimaschutzrat beschlossen wurde.

Umsetzungsschritte und Meilensteine:

Die Selbstverpflichtung beinhaltet die Einhaltung mindestens folgender konkreter Vorgaben:

Allgemeine Grundsätze:

1. Entscheidung über Sanierung oder Ersatzneubau unter Berücksichtigung des CO₂-Äquivalents von Energie- und Materialverbrauch im Lebenszyklus.
2. Energieeffiziente und ressourcensparende Bauweise hinsichtlich des CO₂-Äquivalents von Energie- und Materialverbrauch im Lebenszyklus, Holzbauweise oder andere ökologische Bauweisen sind daher stets vorzuziehen.. Betoneinsatz soll nur erfolgen, wo er zwingend notwendig ist (z.B. Fundament, Bodenplatte etc.).
3. Vorzugsweise Verwendung von recyclinggerechten Konstruktionen und nachwachsenden Rohstoffen und Recyclingmaterialien unter Beachtung ihrer Rückbaufähigkeit.

Bauliche und technische Qualität:

4. Der Neubau von Nichtwohngebäuden erfolgt unter Einhaltung der Technischen Mindestanforderungen Effizienzgebäude EG 55, mit der zusätzlichen Verschärfung, dass die dort genannten zulässigen Werte sowohl des Primärenergiebedarfs als auch der gemittelten U-Werte der Umfassungsflächen um mindestens 25 % zu unterschreiten sind.
5. Der Heizwärmebedarf (Nutzenergiebedarf Heizen gemäß DIN V 18599) von Neubauten ist auf maximal 30 kWh/m²/a zu beschränken.
6. Bei Erweiterungen sind die mittleren Wärmedurchgangskoeffizienten der neu hinzukommenden Außenbauteile gemäß Effizienzgebäude EG 55 einzuhalten.
7. Bei Ersatz von einzelnen Bauteilen im Bestand sind die im GEG Anlage 7 angegebenen Höchstwerte der Wärmedurchgangskoeffizienten um mindestens 25 % zu unterschreiten.
8. Lüftungsanlagen sind mit maximaler Wärmerückgewinnung und in höchster Stromeffizienzklasse (SFP 2) auszuführen.
9. Alle TGA-Installationen, Beleuchtung und elektrischen Antrieben sind in höchster Stromeffizienzklasse auszuführen.

Energieversorgung:

10. Die Deckung der Nutzenergiebedarfe für Heizen und Trinkwarmwasser erfolgt grundsätzlich vorzugsweise unter Verzicht auf die Nutzung fossiler Brennstoffe. Die Deckung der Nutzenergiebedarfe für Heizen und Trinkwarmwasser erfolgt bei Neubau stets ohne fossile Brennstoffe, wenn kein Anschluss an das Fernwärmenetz besteht. Im Bestand der städtischen Gebäude sind bis 2025 Ölkessel sowie bis 2030 dezentrale Gaskessel zu ersetzen.
11. Die Deckung des Strombedarfs erfolgt in der Jahresbilanz autark regenerativ (d.h. regenerative Erzeugung des Jahresstromverbrauchs auf der

~~Liegenschaft selbst). Auf allen städtischen Dachflächen ist das maximale Potenzial an Solarenergie zu nutzen.~~

3 von 3

~~12. Die Liegenschaftsflächen (Grundstück/Gebäude) werden umfassend für die Installation regenerativer Energieerzeugungsanlagen auch über den eigenen Bedarf hinaus genutzt.~~

Begründung:

Die Maßnahme 2021-QG-04 wurde in der Themenwerkstatt „Gebäude und Quartiere“ erarbeitet und am 8. Juni 2021 im Klimaschutzrat beschlossen als Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität 2030 in Kassel.

Wirkung und systemische Bedeutung:

- Treibhausgas-Reduktion: Verminderung des von den städtischen Gebäuden verursachten CO₂-Ausstoßes
- Regionale Wertschöpfung: Da Bau- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden häufig von regionalen Bauunternehmen und Handwerksbetrieben durchgeführt werden, erhöht sich durch die Maßnahme auch die regionale Wertschöpfung
- Weitere positive Nebeneffekte: Der Verzicht auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe in den städtischen Gebäuden vermindert die lokale Luftverschmutzung

Vorbildfunktion in der Stadt für eine zukunftsweisende Bau- und Gebäudequalität

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Violetta Bock

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

gez. Violetta Bock
Fraktionsvorsitzende



Vorlage Nr. 101.19.271

4. November 2021
1 von 1

Rückzug von IHK, VhU und HWK aus dem Klimaschutzrat Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat den gemeinsamen Rückzug der IHK, VhU und HWK als Vertreter der Wirtschaft aus dem Klimaschutzrat Kassel?
2. Wie verhält sich der Magistrat zu deren Vorwürfen, dass der Klimaschutzrat unausgewogen zusammengesetzt sei und die Wirtschaft ihre Standpunkte nicht wirkungsvoll einbringen könne?
3. Welche Chancen für wirksamen Klimaschutz in Kassel sieht der Magistrat ohne eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft?
4. Welche Änderungen in der Arbeitsweise des Klimaschutzrates hält der Magistrat für nötig, damit sich auch die Vertreter der Wirtschaft darin wiederfinden können?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Sascha Bickel

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.19.284

10. November 2021
1 von 2

**Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei
Eigenveranstaltungen der Stadt setzen**

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Wichtigkeit des Ernährungsaspektes zum Erreichen der Klimaziele aus, da die Art der Ernährung einen erheblichen Teil zur Klima-Bilanz beiträgt.
2. Der Magistrat wird gebeten, unter Beteiligung von entsprechenden Sachverständigen, ein Konzept zu erarbeiten, um den Anteil von saisonalen, regionalen Lebensmitteln, möglichst in Bio-Qualität, in kommunalen Einrichtungen schrittweise zu erhöhen. Auch das Angebot an vegetarischen sowie veganen Gerichten soll mitberücksichtigt werden. Dabei soll ein besonderer Fokus auf die Verpflegung in Schulen und Kitas gelegt werden. Diese sollen bereits parallel zur Konzepterstellung entsprechende Maßnahmen erproben und umsetzen.
3. Der Magistrat wird gebeten, vorab im Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie über bereits bestehende Maßnahmen und Konzepte zu berichten. Insbesondere sollen unter diesen Aspekten über die Verpflegungskonzepte in den Kantinen der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie über das der kommenden documenta berichtet werden. Dabei soll auch erläutert werden, inwieweit die bisherigen Konzepte mit Kassel klimaneutral 2030 zusammenpassen und welche Maßnahmen noch notwendig sind, um das Ziel zu erreichen.
4. Der Magistrat wird des Weiteren darum gebeten in dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie ab dem Jahr 2022 einmal jährlich über den Stand der Umsetzung des Konzepts zu berichten.

Begründung:

Um ein nachhaltiges Nutzerverhalten in kommunalen Einrichtungen sowie bei Eigenveranstaltungen der Stadt zu stärken, wird die (Mittags-)Verpflegung nach

dem Motto „regional, saisonal, bio, weniger Fleisch – Klimaschutz“ weiterentwickelt.

2 von 2

Besonders mit Blick auf die Kita- und Schulverpflegung spielt eine gesunde Ernährung eine wichtige Schlüsselrolle.
Der Antrag nimmt damit den Vorschlag des Klimaschutzrates Kassel aus der Maßnahmenempfehlung Nr.: 2021-BEL-03 auf.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende SPD

Wolfgang Decker
Fraktionsvorsitzender
SPD

Vorlage Nr. 101.19.305

17. November 2021
1 von 1

Hochwasserschutzmaßnahmen für Kassel

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Maßnahmen zum Schutz vor Überflutungen, insbesondere in den östlichen Stadtteilen entlang der Fulda und Losse, sind bereits unternommen worden?
2. Welche Planungen zum Schutz vor Hochwasserereignissen liegen konkret vor bzw. sind in Arbeit?

Begründung:

Viele Städte und Gemeinden in Deutschland sind immer häufiger von Hochwasserereignissen betroffen. Zudem wird die Hochwassergefahr aufgrund des Klimawandels voraussichtlich weiter steigen. Insofern ist es von herausragender Bedeutung, Vorsorge zu betreiben und den kommunalen Hochwasserschutz sowie die Überflutungsvorsorge weiter auszubauen, denn Hochwasser können zwar nicht gänzlich verhindert, aber in ihren Wirkungen stark abgemildert werden.

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende
SPD

Wolfgang Decker
Fraktionsvorsitzender
SPD

Vorlage Nr. 101.19.317

6. Dezember 2021
1 von 2

Boden schützen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Boden ist wie Luft, Wasser oder Licht eine natürliche und unentbehrliche Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen. Nur auf intakten Böden kann die Landwirtschaft dauerhaft gesunde Nahrungsmittel produzieren. Sauberes Grundwasser kann nur garantiert werden, wenn unsere Böden unversehrt bleiben. Der Boden ist kaum erneuerbar und steht damit als Ressource nur begrenzt zur Verfügung.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert ein generelles Konzept zum vor- und nachsorgenden Bodenschutz zu entwickeln. Bis zur Fertigstellung werden bereits folgende Schritte, die ebenfalls langfristig in das Konzept einfließen können, getätigt:

1. Spätestens mit dem Satzungsbeschluss der Bebauungspläne wird die Verpflichtung zur Entsiegelung in mindestens gleicher Flächengröße festgesetzt. Die Entsiegelung ist innerhalb von 3 Jahren umzusetzen.
2. Die Informationslücken im dicht besiedelten Raum werden durch die bereits vorhandenen großmaßstäbigen Bodenflächendaten geschlossen.
3. In Bebauungsplanverfahren werden bodenbezogene Festsetzung getroffen, sowie die bodenkundliche Baubegleitung bei städtische Bauvorhaben etabliert.
4. Die Hessische Kompensationsverordnung wird ab sofort richtig angewandt. Der Magistrat wird darüber hinaus beauftragt Ausgleichsdefizite bei der Umsetzung bereits beschlossener Ausgleichsmaßnahmen zu beheben und das Ergebnis im Ausschuss vorzustellen. Gebiete für zukünftige Ausgleichsmaßnahmen werden identifiziert und im Ausschuss vorgestellt.
5. Ein öffentlich einsehbares Monitoring zur Flächeninanspruchnahme wird erstellt.
6. Der Magistrat wird aufgefordert, im Sinne des vorsorgenden Bodenschutzes Böden mit hoher und sehr hoher Bodenschutzfunktion außerhalb existierender Schutzgebiete zu identifizieren und als Bodenschutzgebiete auszuweisen.

7. Im Zweckverband Raum Kassel initiiert der Magistrat eine Arbeitsgruppe, die ein vergleichbares Konzept entwickelt. Bis zu dessen Verabschiedung, setzt sich die Stadt Kassel im Zweckverband dafür ein, keine weiteren Grün- und Ackerflächen zu versiegeln.

2 von 2

Begründung:

Der Bodenschutzbericht 2021 hat den großen Nachholbedarf in Kassel im Bodenschutz gezeigt und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um der schlechten Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die Stadt Kassel belegt hinsichtlich des statistischen Kennwerts „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ den negativen Spitzenplatz in Hessen. Die Versiegelung hat in den letzten Jahren die angestrebten Bundes- und Landesziele weit überschritten. Dem vorsorgenden Bodenschutz ist gegenüber dem nachsorgenden Vorrang einzuräumen. Neben der Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes, sind sofortige Schritte notwendig, um Flächen mit hoher Bodenfunktion und -bedeutung zu schützen.

Selbst die 100 prozentige Entsiegelung an anderer Stellen gleicht die Schäden nicht vollständig aus. Da bis zur vollständigen Regeneration eines anthropogen überformten Bodens tausende Jahre vergehen. Neben der Entsiegelung sind darüber hinaus Ausgleichsmaßnahmen notwendig.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Violetta Bock

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

gez. Violetta Bock
Fraktionsvorsitzende

Vorlage Nr. 101.19.318

Wasserstoffstrategie für Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat die Stadt Kassel eine Strategie für den Energieträger Wasserstoff?
2. Ist die Stadt Kassel direkt oder über Unternehmensbeteiligungen an Wasserstoffprojekten beteiligt?
3. Unterhält die Stadt Kassel strategische Partnerschaften zur Gewinnung oder zum Einsatz von Wasserstoff?
4. Strebt der Magistrat solche Partnerschaften für die Zukunft an?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Sascha Bickel

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.19.320

7. Dezember 2021
1 von 1

Bewertung der Arbeit und der Zusammensetzung des Klimaschutzrates

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Arbeit des Klimaschutzrates hinsichtlich der Realisierbarkeit – auch unter ökonomischen Aspekten – der von diesem eingebrachten Maßnahmenvorschläge?
2. Hält der Magistrat die Zusammensetzung des Klimaschutzrates vor dem Hintergrund des Ausscheidens der Wirtschaftsvertreter aus dem Klimaschutzrat für ausgewogen bzw. für Ziel führend?
3. Wie bewertet der Magistrat die Kommunikation innerhalb des Klimaschutzrates unter den verschiedenen Mitgliedern? Haben alle Mitglieder des Klimaschutzrates genügend Zeit, die eingebrachten Maßnahmenvorschläge so zu bearbeiten, dass eine seriöse Befassung mit diesen Vorschlägen möglich ist?
4. Hält der Magistrat die moderierende Arbeit des Vorsitzenden des Klimaschutzrates für ausreichend bzw. für ausgewogen in dem Sinne, dass dieser die Belange aller Mitglieder im Blick hat?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Wilmes

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender